

mations- und Gedankenaustausch. Die NROs hatten in der Vergangenheit wiederholt auf Mängel im FAP-Design hingewiesen und dabei die kritischen Aspekte hinsichtlich der Beteiligung der Betroffenen, des Umweltschutzes und der Kosteneffizienz hervorgehoben. Daß die Regierung nun bereit ist, den genannten Aspekte in allen zukünftigen Wassersektorprojekten Rechnung zu tragen, wird von Gebern und NROs zustimmend aufgenommen und ebnet möglicherweise den Weg für eine neue Diskussionskultur zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen.

Bangabazar abgebrannt

Der wohl preiswerteste Kleiderbasar auf dem Erdball, der 'Bangabazar' in Dhaka, ist durch ein Feuer am 27. November zerstört worden. Der Gesamtschaden wird auf 75 Millionen Mark geschätzt. Obwohl unmittelbar gegenüberliegend, erreichte die Feuerwehr im Stadtteil Fulbaria den Ort erst als es bereits zu spät, die Flammen außer Kontrolle waren. Die Feuerwehrbrigade aus dem 20 Kilometer von Dhaka gelegenen Narayanganj war noch vor den in Dhaka ansässigen Feuerwehren am Platz. 3.000, in vier aneinandergrenzenden Märkten zusammengefaßte Läden, in denen Jeans, Hemden, T-Shirts und viele andere Artikel zu einer Qualität und zu Preisen angeboten wurden, die unter anderem auch die in Dhaka ansässige Großgemeinde der "expatriates" zum Einkaufen einlud, sind vernichtet worden. Schlimmer als

die Kundschaft hat es die Ladeninhaber bzw. -pächter erwischt, von denen manche ihr Erspartes im Basar aufbewahrt hatten. Aus relativ gutverdienenden Kleinhändlern sind Bettler geworden. Insgesamt sind 15.000 Familien betroffen. Premierministerin Khaleda Zia hat zwar 1.100 Wellblechdächer geliefert, dazu kamen noch 160.000 Mark aus Haushaltstöpfen der Stadt Dhaka und versprochene Kredite zu erleichterten Bedingungen, aber angesichts der geschätzten Aufbaukosten in Höhe von rund 30 Millionen Mark ist dies allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ethnische Gruppen feiern König

Zum vierzigsten Mal feierten Tausende im Bandarban Distrikt den Beginn der Steuereintreibung durch den Stammeskönig Raja Bahadur Aung Shew Prue Chowdhury. Bauern und Händler versammelten sich vor dem Palast des Königs, um ihre Steuern zu bezahlen.

Der König erschien in feinsten Garderobe, um sich von seinen Untertanen feiern zu lassen. Ein Hauch Monarchie erfüllte die Szenerie, als Stammesangehörige sich verbeugten und Frauen den König mit Blütenblättern bewarfen.

Die bangladeschische Regierung anerkennt zwar die Rolle des Königs, hat aber mit der Einrichtung von Distrikträten für eine drastische Beschneidung seiner Kompetenzen gesorgt. Nicht anwesend waren Angehörige des Mehrheitsvolkes der Chakmas, die seit 19 Jahren für Autonomie in den 'Chittagong Hill

Tracts' (CHT) kämpfen.

Mit dem Aufruf zur Versöhnung zwischen traditionellen Stammesgesellschaften und bengalischen Siedlern erntete der König vermutlich nur höflichen Beifall. Viele der Stammesangehörigen nehmen es der Regierung in Dhaka übel, daß sie sich gegen ihre traditionelle 'Slash and Burn'-Anbauweise ausgesprochen und Gegenmaßnahmen ergriffen hat.

Unterdessen ist der Waffenstillstand zwischen Regierungstruppen und den 'Shanti Bahini', das ist die Widerstandsorganisation der Bergvölker, bis Ende Januar verlängert worden. Seit 1992 versuchen Regierungsvertreter und Unterhändler der 'Tribes' vergeblich durch Verhandlungen eine dauerhafte Lösung zu finden und die rund 50.000, sich noch im indischen Exil befindlichen Stammesangehörigen zur Rückkehr in die CHT zu bewegen (siehe dazu auch 'Südasiens', 1-2/95, 3/95, 4-5/95).

Initiative gegen Campus-Gewalt

Ahmed Sofa, einer der bekanntesten literarischen Persönlichkeiten des Landes, der unter anderem in zwölf Jahren Arbeit Goethes Faust ins Bengalische übersetzte, hat eine Initiative gegen die an den Universitäten des Landes vorherrschende Gewalt gestartet. Sofa trifft sich allabendlich in der Nähe des Nationalmuseums in Dhaka mit Interessierten, um mit ihnen Informations- und Aufklärungsaktionen zu organisieren, die der Campus-Gewalt Einhalt gebieten soll.

Konfrontation oder Kompromiß

- Bangladesh vor den Wahlen -

von Martin Peter Houscht

In Bangladesh wird gewählt. Der Urnengang soll nach einem Beschluß des Vorsitzenden der Wahlkommission, Richter Sadeque, am 15. Februar stattfinden und über die Sitzverteilung im sechsten Parlament (Jatiya Sangsad) entscheiden. Fraglich bleibt indessen, ob sich die Oppositionsparteien des Landes an den Wahlen beteiligen werden. Das Schicksal der jungen Demokratie hängt nun von den Ereignissen der kommenden Wochen ab.

"Starsinn und Intoleranz unserer Politiker gefährden die Zukunft unseres Landes." Der Vorsitzende des Verbandes der Industrie- und Handelskammern in Bangladesh, Salman Rahman, gehört zu

den prominenten Persönlichkeiten des Landes, die ihre Klagerufe ausstoßen. Auch die große Mehrheit der Bevölkerung stöhnt unter der Last von annähernd 150 Streiks allein seit Beginn

vergangenen Jahres, die Bangladesh über eine Milliarde US-Dollar kosteten. "Unsere Politiker denken nur an sich", ist ein in diesen Tagen oft gehörter Kommentar der Bangladeshis. Die An-

gesprochenen hören nicht hin, lassen den Willen zu einer friedlichen Lösung der seit 21 Monaten andauernden Krise vermissen. Worum geht es?

Die drei größten Oppositionsparteien des Landes fordern eine neutrale Übergangsregierung (Neutral Caretaker Government - NCG), die freie und faire Parlamentswahlen garantieren soll. Dieses Ansinnen wird von der Regierungspartei unter Hinweis auf den verfassungswidrigen Kern der Forderung abgelehnt. Nichtgewählte Persönlichkeiten dürfen keine Regierungssämter übernehmen. Ein Einlenken der Regierungspartei wäre dabei gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, nicht für freie und faire Wahlen garantieren zu können und muß zwangsläufig bei ihr auf Widerstände stoßen.

Ausgangspunkt für die Forderung der Opposition und die nachfolgende politische Krise, die von politischen Beobachtern bereits als gesellschaftlich-ökonomische Katastrophe bezeichnet wird, waren Wahlfälschungen bei Nachwahlen im Magura Distrikt im März 1994, die der regierenden 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) halfen, eine 40jährige Bastion der 'Awami League' (AL) einzunehmen. Die AL und mit ihr die Mehrheit der Bürger sahen den Wahlbetrug

für erwiesen an. Selbst der damalige Vorsitzende der Wahlkommission nahm bereits vor Abhaltung der Wahlen seinen Hut, weil er sich außerstande sah, faire Wahlen zu gewährleisten. Seither boykottierte die Opposition die Parlamentsitzungen. Im Dezember 1994 erklärten 147 Oppositionspolitiker ihren Rücktritt. Ein Schritt, der ein scheinbar endloses Tauziehen über die Rechtmäßigkeit dieses Vorganges auslöste und viel Stoff für Politiksatiren barg. Erst am 24. November 1995 löste Staatspräsident Biswas das Parlament auf und machte den Weg für Parlamentswahlen frei, die nach der Verfassung innerhalb von 90 Tagen, also bis zum 22. Februar stattfinden müssen (zur Entstehung und Entwicklung der politischen Krise siehe auch 'Südasiens', 4-5/94ff).

Zweiundzwanzig "Lösungsformeln" zur Überwindung der Krise wurden bis zu diesem Zeitpunkt präsentiert, mehr oder weniger intensiv diskutiert und wieder verworfen. Selbst der Commonwealth entsandte im Oktober 1994 mit Sir Ninian Stephen einen hochrangigen Vermittler, der nach 39 Tagen sichtlich frustriert aufgab.

Die vergangenen November von Khaleda Zia ins Spiel gebrachte Nationalregierung mit Mitgliedern aller Parteien

unter Führung eines gewählten BNP-Abgeordneten ist durch die Entscheidung der Opposition, die nach ihrem Massenerücktritt für vakant erklärten Parlamentssitze nicht wieder durch Nachwahlen zurückzugewinnen, obsolet geworden. Es gibt niemanden mehr in den Reihen der nunmehr außerparlamentarischen Opposition, der Teil einer solchen Regierung werden könnte.

Eine neuerliche diplomatische Offensive des US-amerikanischen Botschafters David Merrill, der es schaffte, führende Vertreter der verfeindeten Lager an einen Tisch zu bringen, schien - an der Schwelle zum neuen Jahr - den Widerstand der Premierministerin zu brechen, ihren Platz für eine neutrale Persönlichkeit freizumachen. Die aufkommende Euphorie schwand schnell, als die BNP ausgerechnet Staatspräsident Biswas als Interimspräsident ins Spiel brachte. Biswas ist Angehöriger der BNP und damit für die Opposition untragbar. Statt einer Einigung folgten am 3./4. und 8./9. Januar jeweils 48stündige Generalstreiks der Opposition. Damit sollte versucht werden, die Nominierung der BNP-Kandidaten für das 300 Sitze umfassende Parlament zu verhindern. Ein vergebliches Unterfangen. "Khaleda Zia wird sich nicht von ihrem Ziel abbringen las-



Während sich Parteien und PolitikerInnen noch streiten, verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung (Foto: Walter Keller)

sen, unter BNP-Ägide die Wahlen durchzuführen", so ein enger Berater der Premierministerin. Er scheint recht zu behalten, wenn selbst Drohungen der in der Vergangenheit übermächtigen und eine Art Schattenregierung darstellenden Weltbank ihre Wirkung verfehlen.

Der Repräsentant der Weltbank in Bangladesh, Pierre Landell-Mills, hat erst unlängst auf den kleiner werdenden Kuchen an Entwicklungsgeldern hingewiesen, um dessen Anteile Bangladesh mit vielen anderen Ländern konkurriert. "Die Geber möchten eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Stabilisierungs- und Wachstumsprozesses." Und: "Ich fürchte, die Investoren werden sich solange zurückhalten, wie die politische Zukunft des Landes ungeklärt scheint - dies verlangsamt das wirtschaftliche Wachstum". Für Landell-Mills ist klar, daß Bangladesh nur dann weiter großzügige Unterstützung erhält - immerhin fast zwei Milliarden Dollar jährlich -, wenn neben einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen auch die Demokratie weiter gestärkt wird. Voraussetzung dazu sind Wahlen, an denen alle Parteien teilnehmen.

Khaleda Zia hat unterdessen ihren Wahlkampf begonnen, im Dezember eine Zugfahrt ins südlich gelegene Chittagong unternommen und dabei für Unterstützung geworben. "Ich garantiere für die fairsten Wahlen, die jemals in Bangladesh stattgefunden haben," sagt sie. Daß die Opposition an diesen fairen Wahlen nicht teilnehmen will, stört sie nicht. "Wir werden der Regierung nicht erlauben, aus den Wahlen eine Farce zu machen, wie das zu Ershads Zeiten üblich war", so AL-Präsidentin und Oppositionsführerin Sheikh Hasina. Die Konfrontation ist vorprogrammiert.

"Sheikh Hasina und Khaleda Zia bewegen sich wie zwei auf Kollisionskurs befindliche riesige Lokomotiven aufeinander zu, die unaufhörlich alle Warnsignale ignorieren und glauben, den andern zur Kurskorrektur bewegen zu können", so die nicht ohne Resignation vorgetragene Analyse eines Sozialwissenschaftlers an der Universität Dhaka. Damit trifft er vermutlich den Nagel auf den Kopf. Die "Alles oder Nichts" Haltung der Haupttrivalinnen kann letztlich nicht nur einzelnen Parteien, sondern auch der seit fast fünf Jahren bestehenden demokratischen Ordnung zum Verhängnis werden.

Beide Lager geben sich kompromißlos, demonstrieren Stärke und entlarven dabei die Schwäche der Demokratie. Wo Themen von gesellschaftlicher Bedeutung nicht im Parlament diskutiert, sondern auf der Straße "ausgekämpft" werden, Parteien nicht als Instanzen der Öffentlichkeit auftreten, sondern parlamentarische Stoßtrupps ihrer Anführe-

rinnen sind, oder ein sogenannter Dialog nur die Fortsetzung des Kampfes mit verbalen Mitteln bedeutet, liegt demokratisch noch vieles im argen. Dazu gehört auch, daß Maximalforderungen erhoben werden, ohne nach dem Preis ihrer Durchsetzung zu fragen. Nicht der politische Ausgleich wird gesucht, sondern die Auseinandersetzung. Der politische Gegner soll an die Wand gedrückt werden. Hartals, also Streiks, die das öffentliche Transportsystem zum Erliegen bringen und nicht zuletzt Tausenden ihre Ernährungsgrundlage rauben, mögen ein Mittel sein, Diktaturen zu bekämpfen, wie zu Ershads Zeiten geschehen, müssen aber beim Aufbau einer Demokratie versagen. Die braucht dringend Stärkung. Khaleda Zias Partei hat die Nachwahlen im März 1994, die ja gewissermaßen den Startschuß für den endlos scheinenden Stellungskampf bedeuteten, gefälscht. Die schwache Position der als "Hoffnungsträger" ausgegebenen Wahlkommission wurde damals schmerzhaft deutlich, Kritik, aber auch Befürchtungen der Opposition nachvollziehbar. Wenig demokratisch ist auch der Umstand, daß sich das staatliche Fernsehen fest in Regierungshand befindet. Wer an Stellungnahmen der Opposition interessiert ist, muß zur Zeitung greifen.

Die gegenwärtige politische Situation macht somit zweierlei deutlich: Die demokratische Ordnung des Landes braucht neuen und verstärkten Halt. Und! Dies geht nur unter Beteiligung aller maßgeblichen politischen Kräfte, was wiederum die Integration der genannten demokratischen Kompromißkultur in das politische Alltagsgeschäft voraussetzt. Noch wird indes eine Kompromißhaltung als Schwäche ausgelegt. Vom politischen Gegner, von den Wählern, ja selbst von Parteifreunden. "Wenn Sheikh Hasina nachgibt, hilft ihr auch der Name ihres Vaters nichts mehr", so ein AL-Mitglied. Sie ist gleichsam zur Stärkedemonstration verdammt. Dazu ist sie bereit, und dazu ist ihr jedes Mittel recht. Ein Blick auf die Opposition zeigt dies.

Die Opposition - das ist vor allem eine zweckgerichtete Allianz, keine "Herzensangelegenheit". Die AL fordert in ihrem Programm einen säkularen, demokratischen Staat; die 'Jamaat-i-Islami' (JI) dagegen eine am Koran ausgerichtete Gesellschaft; die 'Jatiyo Party' (JP) ist die Partei des früheren Präsidenten und Autokraten Ershad, der die Geschicke des Landes zwischen 1982 und 1990 kontrollierte. Drei Parteien mit drei sich teilweise unversöhnlich gegenüberstehenden Programmen; lediglich vereint in der Forderung nach einer neutralen Übergangsregierung. Im Hintergrund stehen jedoch die spezifischen Ziele der Parteien. Die JI möchte ein

Blasphemiegesetz verabschiedet sehen, gleichsam als Eintrittsbillet in die islamische Gesellschaft, die JP die Freilassung Ershads und die AL - die Macht! So stark ist dieser Wunsch, daß man sich selbst mit der JI einläßt. Die von der JI organisierten Streiks, auch mit dem Ziel, die säkularen Wurzeln des Staates Bangladesh, für die vor allem die AL steht, auszureißen, werden von Sheikh Hasina hingenommen. Schlägertrupps der JI und Anhänger des säkular eingestellten Nirmul Komitees, einer 1992 gegründeten Bürgerbewegung zur "Verwirklichung der Ziele der Unabhängigkeitsbewegung und für die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kollaborateure von 1971" (siehe dazu auch 'Südasiens', 3/94), lieferten sich - ohne daß die staatliche Ordnungsgewalt einschritt - zum Teil heftige Straßenkämpfe. Vor drei Wochen erst, anläßlich des 24. Jahrestages des Kriegsendes und der de facto Unabhängigkeit des Landes, starben drei Aktivisten der radikal islamischen 'Islami Chhatra Shibir', eines Studentenflügels der JI, als sie versuchten, die Feierlichkeiten zu stören. Vier Tage später legte ein Streik der gegen jene Ereignisse protestierenden Islami Chhatra Shibir das öffentliche Leben in den großen Städten des Landes lahm. Ein weiterer Kampf mit einem anti-fundamentalistischen Studentenbündnis folgte - Bilanz: 50 Verletzte. Reaktion der AL: Achselzucken.

Daß der "AL-Lok" nicht so schnell die "Kohle" ausgeht, dafür sorgt auch die durch tiefes Mißtrauen, ja Haß geprägte Beziehung zwischen Sheikh Hasina und Khaleda Zia. Sheikh Hasina, Tochter des Staatsgründers Mujibur Rahman, glaubt, daß General Ziaur Rahman, Staatschef von 1975 bis 1981 und ermordeter Ehemann der jetzigen Premierministerin, bereits im voraus vom Attentat auf ihren Vater wußte und die Täter deckte. Daß Khaleda Zia sich bislang weigerte, eine Untersuchung der Vorfälle einzuleiten, hat das beiderseitige Verhältnis zerrüttet.

Eine Einigung wird demnach durch die politische Kultur, aber auch durch das besondere Verhältnis der beiden Politikerinnen erschwert. Beides macht sie gewissermaßen taub und blind für Warnsignale. Doch die sind vorhanden!

So fällt in letzter Zeit die wachsende Bedeutung des Militärs auf. Richter Sadeque traf sich unlängst mit den Chefs von Heer, Marine und Luftwaffe, um ihre Beteiligung an einer landesweiten, gegen illegalen Waffenbesitz gerichteten Razzia zu diskutieren. Die Militärs sagten zu, und mit ihrer Hilfe sind bislang über 5.000 Menschen verhaftet und 500 Waffen beschlagnahmt worden. Die Aktion wird als Teil der Wahlvorbereitung bewertet, die einer Gewalteskalation die



Zwar hat das Militär bei einer Intervention nichts zu gewinnen, doch könnte es sich unter bestimmten Umständen gezwungen fühlen, die Macht zu übernehmen (Foto: Walter Keller)

Grundlage entziehen soll (siehe dazu auch Kurzinformationen in diesem Heft). Zwar hat das Militär bei einer Intervention nichts zu gewinnen, schließlich wird es von der jetzigen Regierung gut versorgt, doch könnte es sich unter bestimmten Umständen gezwungen fühlen, die Macht zu übernehmen, als quasi einzig ordnungsstiftender Faktor. Im Falle eines Wahlboykotts durch die Oppositionsparteien mit fortgesetzten beziehungsweise intensivierten Protest- und Streikaktionen und bürgerkriegsähnlichen Vorfällen wäre nach Ansicht einiger Experten ein kritischer Zustand erreicht, eine militärische Intervention wahrscheinlich. Es sei daran erinnert, daß die Militärs bereits zwischen 1975 und 1990 das Land regierten.

Es gibt noch andere Probleme. Anfang Januar demonstrierten mehr als 200.000 Menschen gegen Armut und Frauendiskriminierung. "Wenn die Politiker mit sich selbst beschäftigt sind, so müssen wir uns eben auf diese Weise Gehör verschaffen". Und: "Wir haben zwei mächtige Frauen, denen es völlig egal ist, unter welchen Bedingungen Frauen in diesem Land leben", so eine empörte Frauenaktivistin.

BNP und AL unterscheiden sich nicht

wesentlich in ihren programmatischen Aussagen, um Inhalte geht es dann auch nicht. Den Parteien geht es darum, ihre Muskeln zu zeigen, die Interessen ihrer Klientel im ländlichen und städtischen Bereich zu befriedigen. Im islamisch geprägten Bangladesh ist der Mann das tonangebende Geschlecht; dessen Unterstützung bedarf es. Verlierer sind die Frauen. Doch die, angespornt und organisiert durch Nichtregierungsorganisationen (NROs), machen verstärkt auf sich aufmerksam. NROs organisieren Demonstrationen gegen religiöse Eiferer und selbsternannte Erlöser, die Todesurteile gegen Frauen verhängen, sie mit Auspeitschungen demütigen und zum Selbstmord treiben oder zum Sturm gegen Entwicklungsorganisationen blasen. Menschenrechtsorganisationen machen auf das durch Frauen erlittene Unrecht aufmerksam und üben damit Druck auf die strafverfolgenden Instanzen aus.

Blinder, inhaltsloser Aktionismus der Parteien auf der einen, ungelöste gesellschaftliche Probleme (Frauenunterdrückung, religiöser Fundamentalismus, unzureichende soziale Entwicklung) auf der anderen Seite - ein möglicherweise hochexplosives Gemisch entsteht. "Uns drohen anarchische Verhältnisse", so ein

hoher Regierungsbeamter.

Viele Chancen zur Konfliktbeilegung sind ausgelassen worden. Neue scheinen zur Zeit niemanden der politischen "Kraftpakete" zu interessieren. Vielleicht rettet die Neuauflage der '91er Wahlen das Land. Damals agierte Richter Shahabuddin Ahmed als Interimspremier und kehrte nach der Wahl der neuen Regierung in sein Richteramt zurück. Dieser Schritt wurde dann später parlamentarisch abgesegnet. Natürlich! Dies würde Kompromißfähigkeit seitens der BNP verlangen. Sie wäre es, die eine Richtungsänderung ihrer Lok vornehmen müßte. Doch wer kann bei einer Kollision gewinnen? Zeit zum Handeln bleibt noch, aber sie verrinnt schnell.